

BENÖTIGEN WIR DAS EEG NOCH?

**REDE:
DIE ZUKUNFT DES EEG:
WIR BRAUCHEN EINEN NEUSTART**
von Prof. Dr. Volker Quaschnig

Die einst dynamische deutsche Energiewende, die viele Bewunderer im Ausland hat, läuft nicht mehr rund. Viel schlimmer noch: Sie ist ernsthaft krank. Die Regierung hat keinen funktionierenden Plan, wie mit ihr die Pariser Klimaschutzziele erreicht werden sollen und in der öffentlichen Diskussion dominiert eine absurde Kostendebatte. Immer hektischer werden neue Maßnahmen beschlossen, alte funktionierende Mechanismen über Bord geworfen und das zuständige EEG immer mehr ausgedehnt. Inzwischen ist es so kompliziert, dass selbst Profis schnell den Durchblick verlieren. Das ursprüngliche EEG hatte gerade einmal 12 Paragraphen. Es war schlank, auch für den Laien verständlich und ermöglichte jedem eine schnelle und unbürokratische Errichtung erneuerbarer Energieanlagen. Seit immer mehr Lobbyisten Hand angelegt haben, ist das Gesetz zu einem wahren Monster verkommen. Eine Ursache für den schleppenden Ausbau der Photovoltaik ist die zunehmende Komplexität des Gesetzes. Wer will sich schon mit Eigenverbrauchsumlage, 70%-Abregelung oder der Direktvermarktung auseinandersetzen, wenn er nur eine überschaubare Rendite erzielen kann. Hinter dieser Entwicklung steckt System. Das künftige Geschäft soll wieder zunehmend durch die angeschlagenen Energiekonzerne gestaltet werden, die gelernt haben, mit den komplexen Sachverhalten umzugehen. Sie haben aber nicht das Potenzial, das für den Klimaschutz nötige Ausbautempo vorzulegen. Wollen wir unsere Küstenstädte nicht im Meer versenken und den immer schneller vorschreitenden Klimawandel erfolgreich stoppen, muss unsere Energieversorgung möglichst noch vor 2040 komplett auf Erneuerbaren Energien (EE) basieren. Das Ausbautempo müsste dazu um den Faktor vier anziehen. Das heutige EEG liefert dazu nicht die nötigen Impulse. Daher brauchen wir einen kompletten Neustart.

EEG hat seinen Zweck erfüllt

Die Intension des EEG war, die EE konkurrenzfähig zu machen. Und in dieser Frage war es ein durchschlagender Erfolg. Fast überall auf der Welt entwickeln sich die EE dynamisch – nicht unbedingt, weil den Ländern der Klimaschutz ans Herz gewachsen ist, sondern einfach nur, weil

EE inzwischen oft mit konventionellen Energien ganz ohne Förderung konkurrieren können. Was wir in den vergangenen Jahren erreicht haben, ist das beste Klimaschutz- und Entwicklungshilfeprogramm, das es jemals gegeben hat. Doch statt das EEG und unsere Erfolge zu feiern, zerstören wir es zunehmend und treiben die Energiewende immer mehr in die falsche Richtung. Das EEG hat seinen originären Zweck also erfüllt. Mission completed.

Nun beginnt die nächste Phase der Energiewende. Es darum, eine funktionierende Energieversorgung mit 100 % EE innerhalb der nächsten 20 Jahre aufzubauen und damit nicht weniger als die Welt zu retten – und zwar nicht nur im Strombereich, sondern auch in den Sektoren Wärme und Verkehr. Die Systemintegration von Speichern, die Kopplung der Stromversorgung mit der Wärme oder dem Gasnetz oder die Förderung der E-Mobilität sind Aufgaben, die das EEG gar nicht leisten kann.

Wir müssen es also durch neue Mechanismen ablösen. In das gleiche Horn stoßen auch Anhänger des CDU-Wirtschaftsflügels oder der AfD. Ihnen geht es aber nicht darum, funktionierende Mechanismen für eine erfolgreiche Energiewende zu etablieren, sondern in Donald-Trump-Manier eine von ihnen ungeliebte Energiewende am besten komplett zu beerdigen. Um das zu verhindern, muss eine Ablösung des EEG mit Vorsicht erfolgen. Instrumente, wie der Einspeisevorrang für EE müssen erhalten bleiben, denn sie sind die Basis, um konventionelle Energieträger weiter erfolgreich aus dem Markt zu drängen.

Fehlentwicklungen wie die Eigenverbrauchsumlage oder Ausschreibungen müssen hingegen weg. Mit ihnen soll um jeden Preis verhindert werden, dass EE bis 2025 mehr als 45 Prozent der Stromversorgung decken. Nur so haben viele Energieversorger mit ihrem Portfolio an fossilen Kraftwerken überhaupt noch eine Überlebenschance. Hinsichtlich der Klimaschutznotwendigkeiten sind solche Ziele absurd. Die Energiewende wird nicht an fehlenden Technologien oder der Finanzierbarkeit scheitern. Sie wird aber nicht gelingen, wenn wir nicht die breite Akzeptanz in der Bevölkerung aufrechterhalten. Ausschreibungen, die Bürgerbeteiligung bremsen, gehen dabei in die völlig falsche Richtung. So werden wir die für eine erfolgreiche Energiewende nötigen Windstrommengen niemals realisiert bekommen.

Klimaschutzgesetz statt EEG

Statt des EEG brauchen wir jetzt ein echtes Klimaschutzgesetz, das einen schnell abnehmenden Zielkorridor für CO₂-Emissionen definiert, mit denen auch die Klimaschutzziele erreicht werden können. Spätestens 2040 müssen dazu die Emissionen auf null sinken. Die Zielerreichung sollte jährlich überprüft werden. Werden die Ziele verfehlt, muss nach und nach ein Maßnahmenpaket greifen und verschärft werden, bis wir uns wieder auf der Zielgeraden befinden. Verteuerung von fossiler Energie durch eine CO₂-Abgabe, schärfere Grenzwerte für andere Abgase, bessere Förderung EE bis hin zum ordnungsrechtlichen Verbot von Öl- und Gasheizungen oder Verbrennungsmotoren sind einige dieser Instrumente. Und der Klimaschutz muss endlich ins Grundgesetz. Nur so können wir verhindern, dass irgendwann einmal Populisten wie Donald Trump das bisher Erreichte wieder dem Erdboden gleich machen.

Weil wir sehr viel Zeit beim Klimaschutz und der Energiewende vertrödeln haben, werden die Maßnahmen an einigen Stellen radikale Umbrüche verursachen. Diese müssen wir sozial abfedern und auch Subventionen für Unternehmen, deren Wettbewerbsfähigkeit in der Übergangszeit leidet, dürfen kein Tabuthema sein. Möglicherweise müssen wir auch Steuern erhöhen, um alle nötigen Maßnahmen zu finanzieren. Am Ende werden wir viel besser als heute dastehen. Es werden nicht mehr tausende Menschen pro Jahr durch die Luftverschmutzung sterben. Wir werden unseren Beitrag zum Schutz des Klimas leisten und Vorbild für andere sein. Wir werden nicht mehr jedes Jahr 60 bis 90 Mrd. € für den Import von Öl und Gas ausgeben. Und wir werden bei den Zukunftstechnologien weiter führend sein, tausende neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze schaffen und nicht den gesamten Markt an China verlieren. Hierfür lohnt es sich zu kämpfen. Und wenn sich die Politik nicht traut, das durchzusetzen, machen wir doch einfach über diesen Weg eine Volksabstimmung. Ich habe Vertrauen, dass die besonnenen Kräfte siegen, die sich eine bessere Welt für Ihre Kinder wünschen. Mit dem Votum des Volks kann man sich in sinnlose Abenteuer wie den Brexit oder America first stürzen. Man kann aber auch die Tür zu einer besseren Welt öffnen. Arbeiten wir dran.

GEGENREDE: DAS EEG IST REFORMIERBAR

von Jörg Sutter



Karikatur: Richard Mährlein

Natürlich klingt es verlockend, das auch so komplizierte EEG durch ein einfaches Klimaschutzgesetz abzulösen. Jeder, der in den letzten Jahren mit dem EEG arbeiten oder einen der letzten Gesetzesentwürfe durcharbeiten musste, stimmt sicherlich sofort zu, dass eine Abschaffung ein Lösungsweg ist. Das Gesetz hat sich tatsächlich zu einem Monster entwickelt, das kaum durchschaut werden kann und die Energiewende inzwischen bremst.

Das EEG hat viele Funktionen

Betrachten wir den Hintergrund und die Eckpfeiler einmal genauer. Insbesondere für PV-Anlagen bietet das EEG vier Säulen:

- Die Abnahmeverpflichtung der Netzbetreiber ist festgeschrieben
- Es besteht ein Einspeisevorrang vor konventionellem Strom
- Die Laufzeit der Vergütung ist auf 20 Jahre festgeschrieben
- Die Vergütung ist für kleine Anlagen in der Höhe festgeschrieben.

Diese vier Grundpfeiler haben den PV-Markt in Deutschland in den früheren Jahren explodieren lassen. Investoren bekamen eine weitgehende Sicherheit und einen langfristigen Planungshorizont für den Anlagenbetrieb. Wäre nur die Vergütungshöhe festgeschrieben worden ohne Einspeisevorrang, wäre das nichts wert. Ohne Abnahmeverpflichtung bliebe eine Wirtschaftlichkeit auch bei einem hohen Vergütungssatz unberechenbar. Vor Jahren hat man noch prognostiziert, dass der Markt für Solarstrom in Deutschland geradezu explodieren wird, wenn die Erzeugungskosten unter den Verbrauchspreisen liegen. Das ist im Privatbereich nun schon eine ganze Weile so, aber dem Markt hat das offensichtlich nichts genutzt, die Energiewende wurde zurückgefahren.

Die oben genannten Rahmenbedingungen sind unerlässlich für einen weiteren, zwingend ambitionierteren Ausbau

der EE. Ein neues Gesetz zu schaffen würde bedeuten, um jeden dieser Stützpfeiler neu ringen zu müssen gegen alle Kräfte von politischen Extremisten bis zur konventionellen Energiewirtschaft. Lassen Sie uns diese wichtigen erreichten Punkte nicht so einfach wegnehmen!

Und ein weiterer Aspekt ist wichtig: Natürlich wird bei jeder Erhöhung der EEG-Umlage öffentlich diskutiert und deren Senkung und Abschaffung gefordert. Doch eines ist klar: Der Finanzierungsmechanismus des EEG funktioniert stabil und ist langfristig ausgerichtet. Andere Länder sind hier mit steuergeförderten Programmen gescheitert, auch Zuschüsse nach dem Windhundprinzip oder Förderungen über neue Steuern versprechen weder eine Sicherheit für Investoren noch eine konstante Entwicklungsmöglichkeit der Technik über die Jahre. Und nicht zu vergessen: Nicht die Installation wird mit dem EEG gefördert, sondern nur der erfolgreiche Betrieb der Anlage zur Stromerzeugung. Nur so helfen die vielen installierten Anlagen auch wirklich langfristig dem Klimaschutz.

Ich sehe mit Skepsis eine Förderung wie im Gebäudebereich, wo mit komplizierten Krediten und Tilgungszuschüssen zwar die Investition gefördert wird, aber der langfristige Nutzen und die Erhaltung oft keine Rolle spielt. So wird beispielsweise eine Fassadendämmung gefördert, die aufgrund fehlerhafter Ausführung über Jahre jedoch fast nutzlos ist. Dagegen werden EEG-Anlagen langfristig sorgfältig betrieben, Erträge kontrolliert und ein maximaler Ertrag vom Betreiber in den Mittelpunkt gestellt, da sonst die Wirtschaftlichkeit gefährdet würde.

Das EEG muss vereinfacht werden

In den Stellungnahmen zu den EEG-Entwürfen wurden auch von der DGS immer wieder Punkte kritisiert, deren Änderung das EEG wieder lebensfähig machen können: An erster Stelle die Abschaffung der EEG-Umlage als Bestrafung für die eigene Erzeugung von Solarstrom. Das Tempo der Energiewende hat mit der Entwicklung des EEG abgenommen und die Regelungen sind verwirrender und schwieriger umzusetzen geworden, das ist unbestritten. Das aktuelle EEG schreckt ab. Trotzdem können gezielte Vereinfachungen eine rasche Erhöhung des Zubaus bewirken: Durch Abschaffung der Eigenverbrauchsumlage und Vereinfachung des Ausschreibeverfahrens könnten zwei große Hürden schnell beseitigt werden. Mit entsprechenden politischen Wille, kann das EEG reformiert werden. Zusätzlich sollten die Nutzer von kleinen PV-Anlagen (Beispiel DGS-Solar-Rebell) größtmögliche Vereinfachungen

erhalten. So wäre es attraktiv, die Anlagen direkt mit einem rückwärts laufenden Zähler zu verbinden. Der Stromverbrauch wird bei Eigennutzung reduziert, die wenigen Überschüsse ins Stromnetz eingespeist und die Stromrechnung nochmals (Net-Metering) reduziert. Einfacher geht es nicht, andere Länder machen das bereits vor. Auch das könnte im Einklang mit dem aktuellen Energierecht einfach eingeführt werden.

Es derzeit sehr viele Anwendungsfragen zum EEG und zur Nutzung des erzeugten Stroms im Bereich des Eigenverbrauches, die Gefahr der Einführung weiterer regulatorischer Regelungen besteht. Viele Planer, aber auch Anwälte und Investoren, haben sich mit dem EEG mehr oder weniger arrangiert und haben eine Möglichkeit gefunden, damit umzugehen. Lassen wir das EEG 2017 nun wirken und die juristischen und technischen Probleme lösen, dann können mit dem Gesetz in den kommenden Jahren einen stabilen Ausbau der EE bewerkstelligen. Solange derzeit nur schwer geklärt werden kann, ob der Stromverbrauch des Treppenhauslichts beim Mehrfamilienhaus bei einer gemeinsamen PV-Anlage als Eigenverbrauch betrachtet werden darf, brauchen wir erst hier eine schnelle Klärung und viel später neue grundlegende gesetzliche Regelungen.

Denn dass wir einen größeren Zubau von EE benötigen, um zukünftig nicht nur den Strom, sondern auch den Wärme- und Verkehrsbereich versorgen zu können, ist breiter Konsens. Ebenso ist klar, dass wir die Pariser Klimaziele mit der aktuellen Ausbaugeschwindigkeit nicht erreichen können, sondern eine Vervielfachung des Zubaus dafür brauchen. Doch benötigen wir neue Gesetze, um Strom in den Wärmemarkt zu bekommen oder reichen wenige Änderungen, die den Stromeinsatz hier deutlich verbilligen und es dadurch attraktiv machen?

Schaffen wir dafür doch im Rahmen des EEG vereinfachte und verbesserte Rahmenbedingungen – ich persönlich hoffe, dass die Politik nach der Bundestagswahl dafür genug Mut aufbringt. Dann kann von einem neuen EEG (Arbeitstitel „EEG 2018 boost“) ein neuer Impuls zum Klimaschutz in Deutschland ausgehen.

► Prof. Dr. Volker Quaschnig
HTW Berlin

► Jörg Sutter
Vizepräsident DGS